

Hausgemachtes Bildungschaos

In der Baselbieter Bildungspolitik haben selbst Experten die Übersicht verloren. Der Präsident des Schweizer Lehrerverbands übt Kritik.

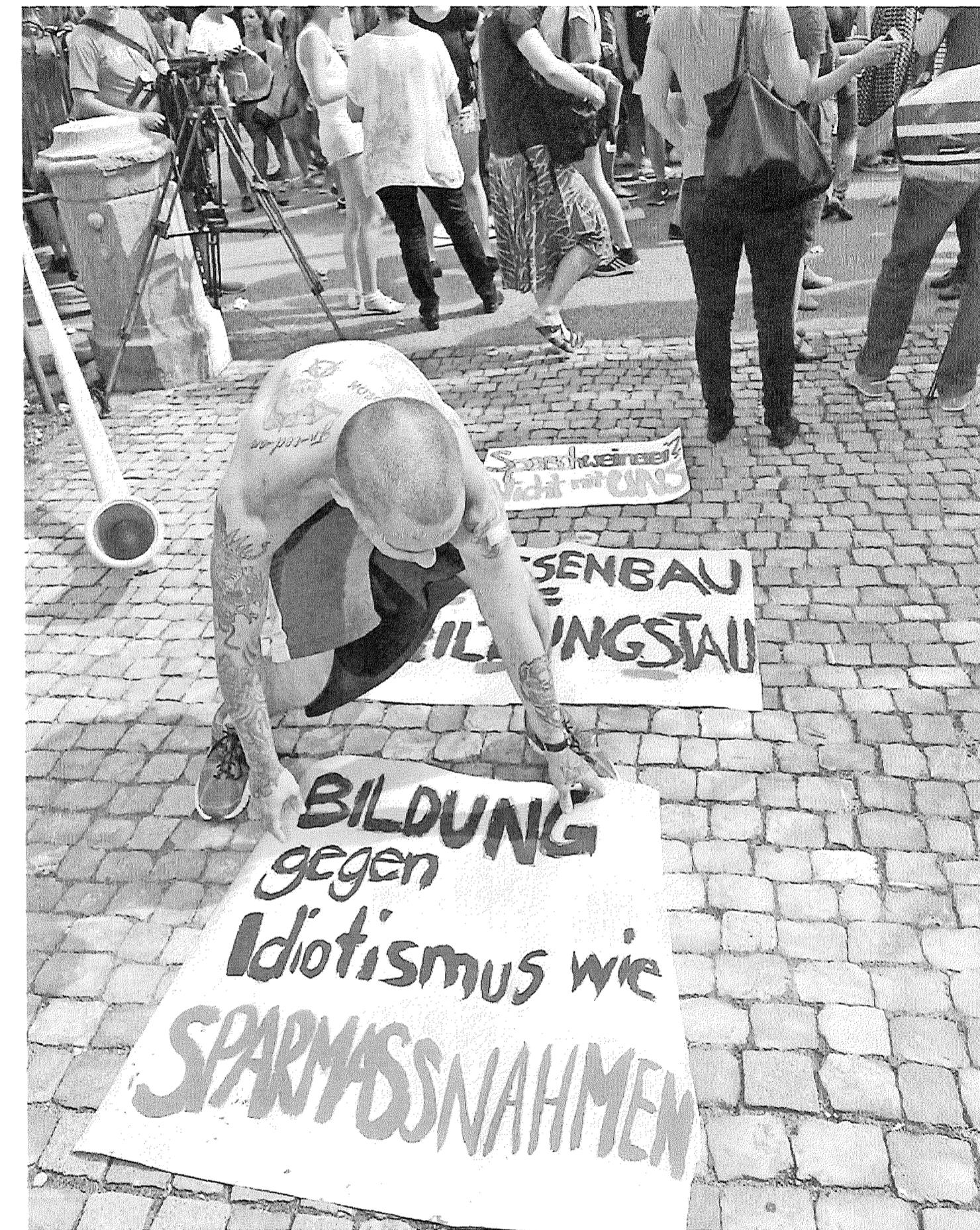
VON LEIF SIMONSEN

Die Baselbieter Wähler versprachen sich zwar keine Wunder, als sie im vergangenen Jahr Monica Gschwind (FDP) für Urs Wüthrich (SP) ins Amt des Bildungsdirektors hievt. Ihre Hoffnung war jedoch, dass die eher unscheinbare Freisinnige Ruhe in die chaotische Bildungspolitik im Landkanton bringen würde. Diese Hoffnung hat sich zerschlagen. Neun Bildungsinitiativen sind derzeit hängig; die Übersicht haben längst auch die Experten nicht mehr. Vergangene Woche hat der Baselbieter Lehrerverband seine jüngste Resolution verabschiedet: die maximalen Klassengrößen, so die Forderung, sollten in keinem Fall überschritten werden.

Erstmals mischt sich nun Beat Zemp, Präsident des Dachverbands der Schweizer Lehrer, in die kantonale Bildungspolitik ein. Nachdem das Komitee «Starke Schule Baselland» mit einer E-Mail-Umfrage bei den Lehrern im Nachbarkanton den Zorn des Basler Erziehungsdirektors Christoph Eymann auf sich gezogen hatte, lässt nun auch Zemp seinem Ärger freien Lauf. Die Baselbieter Lehrer sähen sich von der angeblichen Lehrerlobby um Landrat Jürg Wiedemann nicht vertreten. «In den letzten vier Jahren hat das Komitee elf Initiativen eingereicht - Schweizer Rekord. Viele ärgern sich über den inflationären Gebrauch dieses Instruments und befürchten, dass die Bürger künftig reflexartig Bildungsinitiativen ablehnen.»

Kritik aus eigenen Reihen

Auch Beat Lüthy, Präsident des Baselbieter Schulleiter-Verbands, hatte sich nach dem Wechsel an der Spitze der Bildungsdirektion gewünscht, dass Ruhe einkehrt. Im Gegensatz zu Wüthrich, der bei den Lehrern in Ungnade gefallen war, zeige sich Gschwind Gesprächsbereit. Dass die «Starke Schule» die Schlagzahl an Volksinitiativen sogar noch erhöht habe, könne er daher nicht nachvollziehen. «So kann man die Lehrerschaft nicht längerfristig hinter sich scharen.» Kritik an der «Starken Schule» üben längst auch die politisch aktiven Lehrer. Gymnasiallehrer Martin Rüegg (SP) ist die «Blockadepolitik» seines Parlamentskollegen Jürg Wiedemann zuwider, der mit seinem Komitee sämtliche Reformen bekämpft. «Die Bildungspolitik wird zum Jekami. Die Bevölkerung kann sich kaum noch ein Bild darüber machen, was wichtig ist und was nicht.»



Bildungsinitiativen, Resolutionen und Strassenproteste. Die Baselbieter Bildungspolitik ist chaotisch.

NICOLE NARS-ZIMMER

Zur Verwirrung trägt aber nicht nur die «Starke Schule» bei, sondern auch der Baselbieter Lehrerverband (LVB). Die Lehrgewerkschaft war nie verlegen um kritische Voten. Nach 171 Jahren sah sie sich aber im Frühling erstmals gezwungen, zum Mittel der Volksinitiative zu greifen. Der LVB will in einer seiner zwei Initiativen die «Dauerreform stoppen» und die «Bildungsressourcen gerecht verteilen». Künftig soll beispielsweise nicht auf der Tertiärstufe ausgebaut werden dürfen, wenn gleichzeitig bei der Volksschule gespart wird. Der LVB ist

überzeugt, dass man damit nicht Partikularinteressen, sondern die gesamte Lehrerschaft vertrete. Doch auch der LVB erntet Kritik von der Basis. CVP-Landrätin Sabrina Corvini-Mohn, bis vor einem Jahr als Sekundarlehrerin tätig, sagt, man spiele damit «Bildungsbereiche gegeneinander aus».

Kritik an der Obstruktionspolitik prallt an den Verantwortlichen derweil ab. Saskia Olsson, Geschäftsführerin der «Starken Schule», sagt, es gelinge kaum woanders, die Interessen der Lehrer so gut zu bündeln wie in Baselland. Dass beispielsweise die Anliegen

der Lehrer in Basel-Stadt kaum wahrgenommen würden, habe einen einfachen Grund: «Notgedrungen verhalten sich die Basler ruhiger. Ihnen fehlt ein Verband, der ihre Interessen in der Öffentlichkeit vertritt.»

In Basel-Stadt reagiert man auf solche Sticheleien gelassen. Gaby Hintermann von der Basler Schulkonferenz meint: «Wir vertreten unsere Interessen vehement. Aber im Gegensatz zu den Baselbietern hängen wir das nicht an die grosse Glocke.» Das sei nicht nur für den Bildungsdirektor besser - sondern auch für die Lehrer.

Schweizeranerkennung (Basel), 2.10.2016